

Rede von Volker Prasuhn auf der Kundgebung „Stoppt den Krieg in der Ukraine“ der Friedenskoordination Berlin am 24.02.2023 am Brandenburger Tor

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich wurde gebeten, hier als aktiver Gewerkschafter zu sprechen. Ich bin Mitglied im ver.di-Bezirksvorstand Berlin, spreche aber hier für keinen Vorstand und für kein Gremium, sondern im eignen Namen.

Bisher ist wenig aus den Gewerkschaften zum Krieg in der Ukraine zu hören. Klar, der DGB ist für Frieden, Waffenstillstand und Verhandlungen. Aber bei diesem Postulat bleibt es dann auch schon.

Die deutschen Gewerkschaften sind **Einheitsgewerkschaften – keine politischen Richtungsgewerkschaften**. Sie sind aber auch **unabhängig von der Regierung** – und müssen es bleiben.

Die Gewerkschaften sollten sich positionieren – gestützt auf eine breite, respektvolle Diskussion unter den Kolleg*innen. Mittlerweile hat diese Diskussion zumindest in Teilen von ver.di und anderen Gewerkschaften begonnen.

Nichts wäre schlimmer, als den Krieg und seine Ursachen einfach auszublenden.

Die Ausgangsfrage muss doch lauten: Können wir so tun, als seien der Krieg einerseits und die Inflation und die sozialen Angriffe zwei getrennte Sachen?

Die Demonstrationen des sogenannten „Solidarischen Herbstes“ haben gezeigt: Den Krieg, die Waffenlieferungen, die Sanktionen, den Wirtschaftskrieg herauszuhalten – das funktioniert nicht.

Die Ablehnung des 100 Milliarden Rüstungsprogramms für die Bundeswehr ist richtig – aber das ist nur ein Aspekt. Können wir ignorieren, dass die Bundesregierung mit immer mehr Waffen unser Land immer tiefer in den Krieg hineinzieht? Die **Sanktionen** treffen die Bevölkerung hier und nicht Putin - das muss man doch zur Kenntnis nehmen. Wer gegen den **Wirtschaftskrieg gegen Russland** ist, liefert nicht die Ukraine aus. Wir können nicht ignorieren, dass ein **globaler Wirtschaftskrieg** tobt, angeführt von der US-Administration im Interesse der US-Konzerne. Auch gegen Deutschland, auch gegen Europa, auch gegen China.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Seit vielen Jahren bin ich - zusammen mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen gegen prekäre Arbeit, gegen Tarifflicht, gegen Ausgründungen - gewerkschaftlich aktiv.

Die Inflation bedroht besonders die Kolleg*innen mit niedrigen Löhnen und die Menschen in prekären Verhältnissen in ihrer Existenz. Für die allermeisten dieser Beschäftigten bedeutet die Inflation nicht 10 Prozent, sondern 20 Prozent weniger Geld – wegen der besonders stark gestiegenen Preise für Lebensmittel und Energie.

Deshalb ist es richtig, dass ver.di in der **Tarifrunde für den öffentlichen Dienst (TVöD)** für die 2 ½ Millionen Beschäftigten gefordert hat: 10,5 Prozent, aber mindestens 500 Euro monatlich.

Deshalb ist es richtig, dass **die Postler** 15% Lohnerhöhung bei der Post AG fordern, die 2022 den Rekordgewinn von 8 Milliarden eingefahren hat. 80% der Beschäftigten, die Brief- und Paketzusteller, sind zu niedrigen und niedrigsten Löhnen beschäftigt.

Deshalb ist es richtig, dass die **Eisenbahnergewerkschaft** EVG jetzt 12 % mehr Lohn, mindestens aber 650 Euro monatlich gefordert hat.

Deshalb ist es auch richtig, dass die vor vielen Jahren outgesourceten Beschäftigten der Facility-Töchter von Charité und Vivantes von Geschäftsführung und Senat **Nachverhandlungen** zu ihren Tarifverträgen gefordert haben, weil diese noch bis Ende 2024 oder länger laufen.

Eine regelrechte **Welle von Streiks** rollt über das Land. Flughäfen wurden lahmgelegt von den Kolleg*innen der Bodenverkehrsdienste und der Luftsicherheit. Anfang Februar streikten in Berlin Lehrer*innen, Sozialpädagog*innen und Schulpsycholog*innen zum neunten Mal innerhalb weniger Monate. Es geht ihnen um kleinere Klassen und mehr Personal.

Kanzler Scholz hat gesagt: „Es ist nicht die Zeit der Forderungen...“.

Doch, genau das! Mehr denn je ist es die Zeit der Forderungen!

Nancy Faeser (als Verhandlerin des Bundes) und die kommunalen Arbeitgeberverbände haben gestern in der TVÖD-Runde ein Angebot vorgelegt.

Frank Werneke hat das Angebot als eine „Frechheit“, einen Schlag ins Gesicht der Beschäftigten, bezeichnet. Ein Mindestbetrag bei den Lohnerhöhungen sei mit ihr (Frau Faeser) nicht zu machen. Auch das „Angebot“ einer Laufzeit des Tarifvertrages von 27 Monaten ist eine Provokation (ver.di fordert 12 Monate).

Nancy Faeser spricht von fehlenden Spielräumen in den öffentlichen Haushalten.

Sie sprechen es nicht offen aus – aber darum geht es: Lohnverzicht für einen Haushalt, in dem die Aufrüstung vorangetrieben werden soll. Nicht mehr nur 2% des BIP, nein, 3% bis 2030 werden als Ziel ausgegeben. Nicht nur ein 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr soll es sein. Aufrüstungsminister Pistorius spricht schon von 300 Milliarden Euro.

Rüstungshaushalte verlangen nicht nur Lohnverzicht – sie verlangen auch:

- Noch schärfere Spardiktate gegenüber Krankenhäusern, Schulen, Kitas;
- Kaputtsparen der Öffentlichen Daseinsvorsorge, Abbau des Sozialstaats;
- Und weitere Privatisierungen.

Auf den Demonstrationen sieht man zurecht Transparente wie:

- Nein zu den 100 Milliarden für die Aufrüstung!
- 100 Milliarden für die Bildung, für die Krankenhäuser, für die Kommunen, für Soziales!

Sagen wir Nein zu einer Politik, die im Handumdrehen hunderte Milliarden zur Kriegsaufrüstung locker macht – dafür aber dem eigenen Volk den sozialen Krieg erklärt!

Zu diesem sozialen Krieg gehört auch, dass die großen Konzerne Riesengewinne einfahren – die Dax-Unternehmen haben rund 55 Milliarden Dividende ausgeschüttet.

Der Kampf gegen den Krieg und der Kampf gegen den sozialen Krieg nach innen gehören zusammen.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute sind wir Hunderte hier am Brandenburger Tor. Vielen Dank an die Friedenskoordination Berlin, die diese Kundgebung heute durchführt.

Morgen werden wir am Brandenburger Tor Tausende, vielleicht Zehntausend, sein!

Morgen werden Zehntausende in **Madrid** auf die Straße gehen. Der Kampf gegen die Beteiligung an der NATO hat in Spanien eine besondere, tiefe Tradition. Und: Es ist erst zwei Wochen her, dass in Madrid eine Million Menschen für die Verteidigung des öffentlichen Gesundheitswesens – gegen Privatisierungen - demonstriert haben.

Morgen werden in **London** Zehntausende auf die Straße gehen – mit der *Stop the War Coalition* und der *CND*, der Kampagne gegen Nuklearwaffen. In einer Zeit, wo Lehrer*innen, Erzieher*innen, Krankenschwestern, Eisenbahner*innen, Docker und viele mehr mit ihren Gewerkschaften zu Hundertausenden auf die Straße gegangen sind und gestreikt haben. Und wo 500.000 Menschen außerdem am 1. Februar, aufgerufen vom Gewerkschaftsdachverband *TUC*, gestreikt haben, um gegen den Gesetzentwurf, der ihr Streikrecht einschränken soll, zu protestieren.

Morgen werden sich in **Genua** Tausende versammeln zu einer nationalen Kundgebung mit den Forderungen „Waffen runter, Löhne rauf!“. Im Hafen von Genua und andernorts haben Gewerkschafter*innen Waffentransporte boykottiert.

Der Kampf gegen den Krieg war und ist immer ein **internationaler Kampf**. Das wird morgen seinen Ausdruck finden.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Über 500 Unterzeichner*innen aus 19 europäischen Ländern, darunter viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aber auch Abgeordnete unterschiedlicher politischer Parteien und Gruppierungen, speziell der Arbeiterbewegung, haben den europäischen Aufruf „**Stopp dem Krieg**“ unterstützt.

Es ist Zeit zu überlegen, wie wir den Kampf gegen den Krieg **in ganz Europa** führen können.

In ganz Europa wächst eine Widerstandsbewegung heran

- gegen den Krieg,
- gegen die Rüstungshaushalte,
- gegen die Zerstörung des Gesundheitswesens, des Bildungswesens, der Renten,
- gegen die Verteuerung des Lebens,
- gegen eine Gesellschaft, die der Jugend keine Zukunft zu bieten hat.

Nochmal: Der Kampf gegen den Krieg und der Kampf gegen den sozialen Krieg sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Mit Panzern, Kampffjets und Langstrecken-Raketen wird der Krieg in der Ukraine nicht beendet.

Das verlängert nur das Töten und Sterben.

- Schluss mit den Waffenlieferungen!
- Schluss mit der Eskalation des Krieges!
- Waffenstillstand sofort!

Einen Ausweg kann nur eine starke Friedensbewegung gemeinsam mit einer starken Bewegung der arbeitenden Bevölkerung in ganz Europa weisen.

Treffen wir uns wieder – morgen um 14 Uhr hier am Brandenburger Tor zum „Aufstand für den Frieden“!